

Antrag

28.9.2026

Hitzeschutz für Kindertagesstätten in nicht-städtischer Trägerschaft: Beratung + Finanzierung

Das Referat für Bildung und Sport (RBS) wird gebeten, dem Bezirksausschuss darzulegen:

1. was aktuell zur Grundausstattung des Hitzeschutzes im Außenbereich von Kindertageseinrichtungen zählt und ob hierfür einheitliche Standards für städtische und nicht-städtische Einrichtungen bestehen
2. welches Beratungsangebot Träger von Kindertageseinrichtungen – insbesondere freie Träger nicht-städtischer Kitas – bei der Planung und Umsetzung von Hitzeschutzmaßnahmen im Außenbereich derzeit in Anspruch nehmen können
3. wie zusätzliche, über die Grundausstattung hinausgehende Hitzeschutzmaßnahmen für nicht-städtische Kindertageseinrichtungen finanziert werden können und welche Förderprogramme ggf. hierfür zur Verfügung stehen

Darüber hinaus bittet der Bezirksausschuss zu prüfen, wie sichergestellt werden kann, dass Kinder in nicht-städtischen Kindertageseinrichtungen beim Hitzeschutz nicht schlechter gestellt sind als Kinder in städtischen Einrichtungen

Begründung:

Städtische Kitas werden mit dem Konzept „Hitzeschutz an Bildungsorten“ gem. Rathausumschau seit 07/2025 bei der Umsetzung und Aufrechterhaltung von Hitzeschutzmaßnahmen genauso unterstützt wie bei der Erstellung von Hitzeschutzplänen. Dafür steht offenbar auch ein entsprechendes Ticketsystem zur Verfügung.

Für nicht-städtische Kitas ist unklar, ob diese ebenfalls auf die genannte Unterstützung zurückgreifen können. Ein eigenes Beratungsangebot zum Hitzeschutz ist für freie Träger nicht erkennbar. Auch zum Thema Finanzierung gibt es keine Angaben: es bleibt im Wesentlichen der Investitionskostenzuschuss für nichtstädtische Kindertageseinrichtungen – er ist jedoch auf Bauprojekte ausgelegt und es ist fraglich, inwieweit für Hitzeschutzmaßnahmen ein Kostenzuschuss über diesen Weg überhaupt gewährt werden kann.

Damit Hitzeschutz nicht von der Trägerschaft einer Kita abhängt, soll das RBS bitte darlegen, welche Standards, Beratungswege und Fördermöglichkeiten für nicht-städtische Kitas bereits bestehen – und wo ggf. nachgebessert werden muss, vor allem auch im Hinblick auf eine einfache und unbürokratische Antragstellung. Es muss sichergestellt sein, dass Kinder in nicht-städtischen Kindertageseinrichtungen beim Hitzeschutz nicht schlechter gestellt sind als Kinder in städtischen Einrichtungen.

Antragsteller*innen:

Petra Cockrell, Gunda Krauss

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen